

RI Baustellenordnung für die Neubauvorhaben Wärmeversorgung Chemnitz

Geheimhaltungsstufe	INTERN
Dokumentenart	Richtlinie
Dokumentennummer	RI.BA.0510
Geltungsbereich	PROJEKT WÄRMEVERSORGUNG CHEMNITZ WV GESAMT
Sparte/Medium/Standort	
Managementsystem	
Schlagworte	
Bemerkungen	

Inhaltsverzeichnis

- 1 Ziel/Zweck
- 2 Geltungsbereich (sachlich)
- 3 Mitgeltende Unterlagen
- 4 Begriffsbestimmungen
- 5 Verhalten auf der Baustelle
 - 5.1 Eröffnung einer Baustelle
 - 5.2 Aufenthalt und Kfz-Verkehr auf der Baustelle und im Betriebsgelände
 - 5.3 Material- und Geräteanlieferung
- 6 Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber
 - 6.1 Weisungsbefugnisse des Auftraggebers
 - 6.2 Anmeldungen/Abmeldungen
 - 6.3 Inbetriebnahme-Koordinator des AG (IBK)
 - 6.4 Baustellentagebuch und Personalstandsmeldungen
 - 6.5 Besprechungen auf der Baustelle
 - 6.6 IBN-Terminplan
 - 6.7 Inbetriebnahme Besprechungen
 - 6.8 Berichterstattung bei der Inbetriebnahme
 - 6.9 Arbeitszeitfestsetzung
 - 6.10 Personal des Auftragnehmers
- 7 Baustelleneinrichtung und Arbeitsplätze
 - 7.1 Baustelleneinrichtung
 - 7.2 Ordnung und Sauberkeit
 - 7.3 Sicherung gegen Diebstahl und Verlust
- 8 Bau- und Montageausführung

- 8.1 Ausführung der Leistungen
- 8.2 Erdarbeiten
- 8.3 Abbrucharbeiten
- 8.4 Erdung von Baukränen
- 8.5 Baustellenbeleuchtung
- 8.6 Wasser
- 9 Arbeitssicherheit und Erste Hilfe
 - 9.1 Allgemeines
 - 9.2 Koordinierung
 - 9.3 Unterweisung
 - 9.4 Persönliche Schutzausrüstung und Sicherheitstechnik
 - 9.5 Gerüste, Schutzeinrichtungen, Abdeckungen und Absperrmaßnahmen
 - 9.6 Maschinen, Geräte, Hebezeuge und Aufzüge
 - 9.7 Strahlenschutz
 - 9.8 Lagerung/Umgang mit Gefahrstoffen sowie gefährlichen Arbeits- und Hilfsstoffen
 - 9.9 Elektrische Anlagen
 - 9.10 Erste Hilfeleistung und Verhalten bei Unfällen
- 10 Brand- und Explosionsschutz
 - 10.1 Brandsicherheit
 - 10.2 Explosionsschutz
 - 10.3 Schweißarbeiten und ähnliche Verfahren
 - 10.4 Flucht- und Rettungswege
 - 10.5 Brandbekämpfung und Ereignisanzeige
- 11 Umweltschutz/Abfallwirtschaft
- 12 Baulärm
- 13 Alkohol- und Drogenverbot
- 14 Meldung von Vorkommnissen und Schäden/Haftung
- 15 Datenschutz
- 16 Fotografieren, Filmen, Bauschild, Werbung
- 17 Sonstiges
- 18 Prozessverantwortung
- 19 Anlagen
- 20 Inkraftsetzung/Außerkraftsetzung

1 Ziel/Zweck

Dieses Dokument beschreibt die wesentlichen Rahmenbedingungen und Vorgaben für die Gewährleistung der Baustellensicherheit in Bezug auf die Wärmeversorgung Chemnitz. Diese sind kein Ersatz für gesetzliche Vorgaben; Richtlinien bzw. Normen.

2 Geltungsbereich (sachlich)

Dieses Dokument gilt im Hinblick auf Baustellensicherheit für die Neubauvorhaben von Erzeugungsanlagen im Rahmen des Projektes Wärmeversorgung in Chemnitz.

Geltungsbereich

Diese Rahmenbaustellenordnung soll den Mindestumfang der Baustellen- und Inbetriebnahmeordnung der einzelnen Auftragnehmer beschreiben, gilt als Vorlage für die Baustellen- und Inbetriebnahmeordnung des Auftragnehmers und für die Organisation und Durchführung der gesamten

Baustelle, Montage, Inbetriebnahme und Probetrieb der gesamten Anlage sowie für alle Vorgänge des allgemeinen Baustellenbetriebes. Sie ersetzt nicht die Baustellen- und Inbetriebnahmeordnung der einzelnen Auftragnehmer und Baustellen. Sie gilt mit Betreten des Baustellengeländes. Neben der Baustelle gilt sie auch für Flächen, die wie als zur Baustelle zugehörig gekennzeichnet sind, einschließlich außerhalb liegender Parkplätze. Die Rahmenbaustellenordnung ist auch im Bereich bestehender Anlagen gültig, in denen nach vorheriger Absprache mit der Oberbauleitung des AG (OBL und Fachbauleiter) Arbeiten ausgeführt werden. Diese Rahmenbaustellenordnung wird im weiteren Text als Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung bezeichnet.

Allgemeines



Für die Baustellen des Projektes Wärmeversorgung Chemnitz wird unter Berücksichtigung der einschlägigen behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften von dem Bauherrn nachstehende Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung erlassen. Der Bauherr **eins energie in sachsen GmbH und Co. KG** ist vor Ort durch die OBL AG vertreten. Der Bauherr behält sich vor, Aufgaben der Oberbauleitung an einen Beauftragten bzw. Generalplaner zu delegieren. Die Organisation der Baustelle (Montage und IBN) ist in den Organigrammen in der Anlage dargestellt.

Die Baustellen – und Inbetriebnahme-Ordnung regelt die organisatorischen Belange der Baustelle, Inbetriebnahme und Probetrieb innerhalb der Vertreter der AN, sowie zwischen AN und AG sowie deren Nachauftragnehmer. Sie soll den reibungslosen Ablauf der Bau- und Montagearbeiten unter größtmöglicher Sicherheit für Beschäftigte und Anlagen gewährleisten. Die Einhaltung der darin festgelegten Bestimmungen wird von der OBL überwacht.

Die Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung ist als Anordnung der OBL gemäß dem Vertrag zwischen AG und AN zu verstehen und damit Vertragsbestandteil für alle Auftragnehmer und deren Nachunternehmer (Unterlieferanten), soweit sie auf die Baustelle liefern oder dort tätig sind. Sie wird vom Auftragnehmer/Unterauftragnehmer als Anlage zum Vertrag und durch Unterschrift anerkannt und bestätigt. Die Aushändigung und Kenntnisnahme der Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung an sämtliche Unterlieferanten ist vom jeweiligen Bau-/Montage bzw. IBN-Leiter des Unterlieferanten schriftlich zu bestätigen und vom Auftragnehmer zu dokumentieren. Dieses hat vor Aufnahme der Bautätigkeiten zu erfolgen.

Bei Nichtbeachtung der Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung können die Auftragnehmer aufgefordert werden, die betreffenden Unterauftragnehmer etc., Mitarbeiter bzw. beanstandete Geräte, Arbeitsmittel u. a. nicht mehr auf der Baustelle und dem Betriebsgelände einzusetzen. Der Auftragnehmer kann keine Mehrkosten gegenüber dem Auftraggeber geltend machen, die ihm durch Regelungen dieser Baustellen und Inbetriebnahme-Ordnung entstehen. Die Nichtbeachtung der

Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung wird als Verstoß gegen den Lieferauftrag angesehen. Darüber hinaus behält sich die OBL AG weitere Maßnahmen vor. Sämtliche Schäden bzw. Nachteile

(z. B. Terminüberschreitungen), die dem Bauherrn, anderen Lieferanten oder dem Auftragnehmer selbst durch Nichtbeachtung der Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung entstehen, gehen ausschließlich zu Lasten des verantwortlichen Auftragnehmers.

Jeder auf der Baustelle tätige Auftragnehmer hat das von ihm eingesetzte Personal vor Arbeitsaufnahme auf der Baustelle über den Inhalt der Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung zu unterweisen, ihm jederzeit diese zugänglich zu machen und laufend durch Bau- bzw. Montageleiter für die Beachtung der Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung durch ihr Personal zu sorgen.

3 Mitgeltende Unterlagen

Die einschlägigen normativen, rechtlichen und behördlichen Vorgaben (Gesetze, Verordnungen) sind zu beachten und einzuhalten.

Dazu zählen insbesondere die Vorschriften

- des Arbeits- und Brandschutzes, wie z. B. das Arbeitsschutzgesetz, die Arbeitsstättenverordnung, Betriebssicherheitsverordnung, die Gefahrstoffverordnung, die UVV der Berufsgenossenschaften und DGUV, das Arbeitszeitgesetz, die Sächsische Bauordnung, das Sächsische Brandschutzgesetz, die anerkannten sicherheitstechnischen Regeln (DIN, VDE, VdS, VDI u. a.), der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan (SiGePlan) für die Baustelle, die Bauproduktenverordnung und gültige EU-Richtlinien
- Umweltschutz, wie z. B. das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, das Bundesimmissionsschutzgesetz, die Strahlenschutzverordnung, das Wasserhaushaltsgesetz, das Sächsische Wassergesetz, die Gewerbeabfallverordnung und das Erste Gesetz zur Abfallwirtschaft und Bodenschutz im Freistaat Sachsen einschließlich hierzu ergangener Rechtsverordnungen

Interne Dokumentationen sind in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten und den externen Auftragnehmern zu übergeben.

Evakuierungs- und Gefahrenabwehrplan

[RI Gerüstbauordnung](#)

4 Begriffsbestimmungen

Auftraggeber/Bauherr (AG) ist die **eins energie in sachsen GmbH und Co. KG**. Sie wird durch die Projektleitung (PL) und Oberbauleitung (OBL AG) vertreten und ist allen auf der Baustelle befindlichen Arbeitskräften weisungsbefugt.

Auftragnehmer (AN) sind die Vertragspartner des Auftraggebers.

Nachauftragnehmer (NAN) sind die Unterlieferanten des Auftragnehmers und deren Erfüllungsgehilfen die mit der Realisierung der Bau- und Montagearbeiten beauftragt sind.

Baustelle ist ein gekennzeichnete und begrenzter räumlicher Bereich zur zeitlich begrenzten Durchführung von Bau-, Montage- und Instandhaltungsarbeiten und kann aus mehreren Arbeitsstellen bestehen. Dieser Begriff umfasst Arbeiten an der Anlagentechnik einschließlich Tief- oder Hochbauarbeiten.

Arbeitsstelle ist ein zeitweiliger Arbeitsplatz eines oder mehrerer AN zur Abarbeitung eines Auftrages.

Inbetriebnahme (IBN) sind sämtliche Kontrollen, Einstellarbeiten, Probeläufe und Test von Systemen, Teilanlagen und der Gesamtanlage, die zum Erreichen der Funktionstüchtigkeit erforderlich sind. Die Inbetriebnahme gliedert sich in die Inbetriebsetzung (kalt/heiß), Voroptimierung/Testlauf, Probebetrieb und Abnahmemessung.

Inbetriebnahme-Koordinator (IBK AG) begleitet und überwacht die Gesamt-IBN bis zur Abnahme der Gesamtanlage.

5 Verhalten auf der Baustelle

5.1 Eröffnung einer Baustelle

Der Beginn der Bau- und Montagearbeiten ist grundsätzlich nur mit Zustimmung des AG gestattet. Grundlage dafür ist eine entsprechende Beauftragung des AN durch den AG. Jeder NAN hat sich bei der OBL AN anzumelden. Durch diese erfolgt eine Einweisung in die mit dem Auftrag zu beachtenden Bestimmungen des AG und die Zuweisung eines Baufeldes (gemäß Baustelleneröffnungsprotokoll).

5.2 Aufenthalt und Kfz-Verkehr auf der Baustelle und im Betriebsgelände

Das Personal des AN (einschl. NAN) hat sich nur während der Arbeitszeit (montags – samstags zwischen 06:00 Uhr und 22:00 Uhr) und innerhalb des zugewiesenen Arbeitsbereiches aufzuhalten. In dieser Zeit können gesonderte Lärmbelastungsgrenzen gelten (gem. Baugenehmigung), die einzuhalten sind. Darüberhinausgehende Baustellenöffnungszeiten erfolgen nur mit Zustimmung des AG. Das Betreten anderer Bereiche ist nur mit Zustimmung des AG gestattet. Jegliche Bedienhandlungen an technologischen Anlagenteilen des AG sind verboten.

Der Aufenthalt von Zulieferern ist nur zur bestimmungsgemäßen Durchführung der Anlieferung / des Baustellentransportes gestattet gemäß Fremdfirmenverwaltung. Vorab erfolgt ebenfalls eine Unterweisung zum Verhalten auf der Baustelle und die Pflicht zum Tragen der vorgeschriebenen PSA. Von der PSA-Tragepflicht kann im Ausnahmefall (z.B. Reinigungsfirmen) abgewichen werden, sofern sie sich ausschließlich im Gebäude außerhalb von Gefährdungen aufhalten. Die Genehmigung dazu erteilt die OBL AN nach vorheriger Unterweisung der Arbeitskräfte.

Zulieferer werden vom Empfänger am Tor abgeholt, um längere Wartezeiten auf der Baustelle zu verhindern.

Für Besucher des AN gelten ebenfalls die o.g. Festlegungen. Die Besucher des AN sind beim AG anzumelden, der Zutritt ist nur mit Zustimmung des AG gestattet.

Eine Zufahrt mit Privat Kfz auf das Baustellengelände ist verboten. Im Ausnahmefall erstellt die OBL AG eine Einfahrtgenehmigung. Diese ist nach Verlassen des Baugeländes wieder bei der OBL AG zurückzugeben.

Parkplätze auf dem Baugelände werden ausschließlich durch die PL/OBL AG genehmigt und zugewiesen. Wird die zugewiesene Parkplatzordnung durch den AN und seine NAN nicht eingehalten, so wird der Verursacher einmalig ermahnt. Im Wiederholungsfall erfolgt der Entzug der Zufahrtsgenehmigung zur Baustelle.

5.3 Material- und Geräteanlieferung

Materialien, Geräte und Werkzeuge usw. dürfen nur mit Lieferschein, Versandanzeige oder sonstigen Begleitpapieren angeliefert werden. Anlieferungsart, -zeitpunkt und die Ablademöglichkeiten sind mit der OBL rechtzeitig abzustimmen. Geräte, Werkzeuge u. ä. sind vor der Lieferung dauerhaft mit einem Firmenkennzeichen zu versehen.

Anlieferungen und Entladungen müssen grundsätzlich innerhalb der o.g. normalen Arbeitszeit des AN erfolgen.

Lieferungen, die den vertraglichen Vereinbarungen oder gesetzlichen Bestimmungen (z. B. Verpackungsvorschriften) nicht entsprechen bzw. für die keine ordnungsgemäß ausgefüllten Lieferscheine oder Versandanzeigen nicht komplett Bestellnummern, Bestimmungsort und Firma vorliegen, können zurückgewiesen werden. Vor dem Transport von schweren und sperrigen Gütern hat der AN sich rechtzeitig über die Straßenverhältnisse beim AG zu informieren.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass auf dem Territorium des AG Transport, Umschlag, Bereitstellung oder Lagerung der Lieferung bestimmungsgemäß erfolgen und sachgerecht, ohne Gefährdung von Dritten, Anlagen, der Baustelleneinrichtung und der Umwelt durchgeführt werden.

Schwerlasttransporte oder Transporte mit Überbreiten bzw. Überlängen in die technischen Objekte sind vorab mit der Bauleitung AG abzustimmen (Transportweg und –zeit).

Der AN ist für die ordnungsgemäße Lagerung und Sicherung seiner Materialien und Lieferteile verantwortlich. Die Lagerung darf nur auf vorher vom AG zugewiesenen Flächen erfolgen.

Auch bei der kurzzeitigen Materialbereitstellung ist zu sichern, dass die erforderlichen Durchfahrtsbreiten für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge und die Zugänge/Zufahrten zu den Objekten freigehalten werden. Kranstellflächen sind ebenfalls vorab mit der Bauleitung AG abzustimmen.

Auf der Baustelle gilt die Straßenverkehrsordnung. Der Verkehr innerhalb der Baustelle ist auf Schrittgeschwindigkeit beschränkt. Bei Rückwärtsfahrt besteht Einweisungspflicht.

Alle Verpackungsmaterialien von Liefergegenständen hat der AN umgehend ordnungsgemäß zu beseitigen und auf seine Kosten und Gefahr für den Leergutrückversand zu sorgen.

6 Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber

6.1 Weisungsbefugnisse des Auftraggebers

Der AG ist gegenüber dem AN in Bezug auf die Einhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinie weisungsberechtigt. Durch Anordnungen des AG sind die Verpflichtungen des AN für die vertragsgemäße Erfüllung ihrer Lieferungen und Leistungen sowie deren Verantwortung für die Einhaltung der dafür geltenden Gesetze, Verordnungen usw. nicht aufgehoben.

Sämtliche Fragen hinsichtlich Organisation, Ausführung oder Schnittstellen, die auf der Baustelle bzw. während Inbetriebnahme/Probetrieb einer Klärung bedürfen, sind an die OBL AN bzw. den IBK AN zu richten. Erforderlich werdende Absprachen mit den Vertretern des Bauherrn erfolgen ausschließlich durch die OBL AN bzw. IBK des AN über die OBL des AG.

Kommt ein AN den aufgeführten Pflichten nicht sofort bzw. innerhalb einer vereinbarten Frist nach, ist der AG berechtigt, erforderliche Maßnahmen zu seinen Lasten zu treffen (z. B. Unterbrechung der Arbeiten). Bei wiederholten Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen können die betreffenden Mitarbeiter des AN von der Baustelle verwiesen werden.

6.2 Anmeldungen/Abmeldungen

Jeder AN hat sich vor Eröffnung und mit Abschluss einer Bauleistung bei der OBL AN an- bzw. abzumelden. Die OBL des AN hat dafür Sorge zu tragen, dass der Zugang zur Baustelle ausschließlich über die Baustellenpforte/das Drehkreuz erfolgt. Für die tägliche Anwesenheitskontrolle ist vom AN dem AG jeder Personalzu- und -abgang - auch vorübergehend - tagaktuell anzuzeigen und ein Anwesenheitsnachweis getrennt nach Kategorien Stammpersonal, Unterlieferanten zu führen. Dort dürfen nur Befugte, d. h. namentlich bekannt gegebene Mitarbeiter, gegen Vorlage ihres Baustellenausweises zu den vorher anzumeldenden Arbeitszeiten eingelassen werden. Baustellenausweise werden von der OBL des AG ausgestellt.

Folgender Ablauf ist hierfür vorgesehen:

1. Am Tag der Arbeitsaufnahme erhalten die Mitarbeiter am Baustellenzugang/Pforte gegen Vorlage des Personalausweises bzw. des Reisepasses und der bestandenen Sicherheitsunterweisung den Baustellenausweis. Um lange Wartezeiten am Baustellenzugang zu vermeiden, sind die Mitarbeiter 2 Arbeitstage vorher anzumelden. Es ist, soweit zutreffend, die Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis vorzulegen. Der Umfang der Sicherheitsunterweisung und der zugehörigen Prüfung ist vom AN mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit des AG abzustimmen.
2. Ohne Baustellenausweis ist kein Zutritt zur Baustelle oder bestehenden Anlagen möglich.
3. Die Mitarbeiter haben die Ausweise auf dem Baustellengelände bzw. in den bestehenden Anlagen ständig mit sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen.
4. Nach endgültigem Abschluss der Arbeiten sind die Ausweise bei der OBL des AG abzugeben.

5. Der Verlust eines Ausweises ist unverzüglich der OBL des AG zu melden und ist kostenpflichtig.

Besucher, die nur kurzfristig (in der Regel einen Tag) und ohne Tätigkeit auf der Baustelle sind, erhalten an dem jeweiligen Zugang/Pforte nach der Sicherheitsunterweisung einen Besucherausweis.

Die Wahrnehmung des Hausrechts auf der Baustelleneinrichtungsfläche erfolgt primär durch den AG. Der Bauherr und seine Beauftragten sowie Behörden haben jederzeit Zutritt zur Baustelle.

Der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer und ihre Mitarbeiter dürfen sich nur innerhalb der zugewiesenen Bau- und Einsatzstelle und nur zur Auftragsdurchführung auf der Baustelle aufhalten. Das nicht als Baustelle ausgewiesene Betriebsgelände darf nicht betreten werden.

Die, die Baustelle bzw. das Betriebsgelände betretenden oder verlassenden Personen, anerkennen und unterliegen den vom AN bzw. der OBL veranlassten Kontrollmaßnahmen.

Der Aufenthalt auf der Baustelle ist Zulieferern (Anlieferungen) nur zur bestimmungsgemäßen Durchführung ihrer Arbeit gestattet.

Der Aufenthalt auf der Baustelle außerhalb der Arbeitszeiten ist nur autorisierten Personen gestattet.

Das Feiern von Festen auf dem Baustellen-/Betriebsgelände ist untersagt.

6.3 Inbetriebnahme-Koordinator des AG (IBK)

Der AG stellt für die Überwachung der Gesamt-IBN einen Inbetriebnahme-Koordinator, der die IBN bis zur Abnahme der Gesamtanlage begleitet/überwacht.

Der IBN-Koordinator des AN leitet die wöchentlichen IBN-Gespräche mit den IBN-Leiter der NAN, IBK AG und der Bauleitung zur Durchsprache des Wochenprogrammes und sämtlicher Inbetriebnahme relevanter Punkte. Er beaufsichtigt die Abarbeitung der IBN-LOP-Liste.

Der IBN-Koordinator AN überwacht die Einweisungen und Schulungen des Betriebspersonals durch die Hersteller- oder Lieferfirmen gemäß den Anforderungen des jeweiligen Vertrages.

Der IBN-Koordinator AN besitzt direkte Weisungsbefugnis gegenüber den IBN-Leitern die einzelnen Auftragnehmer im Hinblick auf übergreifende organisatorische Belange, z. B. Belange der Arbeitssicherheit. Eine Ergänzung zur Inbetriebnahme erfolgt im Laufe des Projektes durch Fortschreibung der Baustellenordnung.

6.4 Baustellentagebuch und Personalstandsmeldungen

Die Firmen haben alle Mitarbeiter in einer Liste inkl. Organigramm unter Nennung der Qualifikation/Aufgabe namentlich aufzuführen. Sonderqualifikationen (Schweißer, E-Fachkraft, Ersthelfer etc.) sind gesondert auszuweisen. Die Nachweise über Sonderqualifikationen sind auf Verlangen der OBL AG vorzulegen und ständig mitzuführen. Die Mitarbeiterliste ist bei Änderungen unaufgefordert vom AN nachzuführen und der OBL AG auf Verlangen zu übergeben (Kennzeichnung der Änderung).

Die Liste der NAN ist wöchentlich durch die OBL AN zu aktualisieren und an die OBL AG zu übergeben.

Es ist innerhalb einer Kalenderwoche bei der OBL AG ein Wochenbericht einzureichen (jeweils bis Freitag 10:00 Uhr, bei Feiertag, jeweils der letzte Werktag der Woche), in dem stichwortartig folgende Angaben enthalten sein müssen (siehe Formular 6: Wochenbericht):

1. Durchgeführte Arbeiten mit Ortsangaben durch Achsen und/oder Ebenen
2. Einsatz von Großgeräten einschl. LKW/Gerüsten
3. Personaleinsatz (soweit dieser nicht anderweitig festgehalten ist)
4. Abnahmen
5. Aufmaße

6. Besondere Vorkommnisse wie Sicherheitskontrollen, Arbeitsbehinderung, Unfälle etc. (mit Gründen)
7. Arbeitsfortschritt: Soll/Ist-Termin und -Angaben mit prozentualer Bewertung (Terminverschiebungen und Terminverzögerungen sind deutlich zu kennzeichnen und zu begründen).

Alle Arbeitsunfälle, Beinaheunfälle, Brände, Umweltschäden und Verletzungen ohne Ausfallzeiten sind dem OBL AG unverzüglich schriftlich und telefonisch zu melden. Unfallstatistiken, Unfallberichte mit Ursachen und Beschreibung der getroffenen Maßnahmen sind dem OBL AG unaufgefordert und unverzüglich zu übergeben (siehe Formular 16: Unfallanzeige).

Die OBL AN führt auf Basis der Informationen der NAN ein Bautagebuch (siehe Formular 9: Bautagebuch Tagesbericht OBL AN).

6.5 Besprechungen auf der Baustelle

Die Firmenbauleiter bzw. deren verantwortliche Vertreter, ggf. der Montageleiter und andere Mitarbeiter des Auftragnehmers haben auf Anforderung an den von der OBL AG angesetzten Besprechungen teilzunehmen.

Die Termine werden frühzeitig bekannt gegeben, in der Regel am Ende der vergangenen Baubesprechung.

Leitung: OBL AG

Teilnehmer: wird vorab festgelegt

6.6 IBN-Terminplan

Grundlage der Inbetriebnahme-Durchführung sind die mit der OBL/IBK AN abgestimmten Inbetriebnahmeprogramme der AN auf der Basis des abgestimmten IBN-Rahmenterminplans (AN). Die IBN-Programme der Auftragnehmer berücksichtigen auch die notwendigen IBN-Aktivitäten angrenzender Gewerke. Das IBN-Programm des AN muss u.a. auch Angaben über Anzahl, Aufenthaltsdauer und Qualifikation des für die Inbetriebsetzung, den Probetrieb und die Nachweise erforderlichen Personals von AN, AG und evtl. anderen notwendigen Lieferanten sowie Angaben zu Prüfprogrammen, -anweisungen und -nachweisprotokollen enthalten. Die von dem NAN erstellten IBN-Programme werden vom AN zu einem übergeordneten IBN-Terminplan zusammengestellt. Besondere

Eckpunkte sind deutlich zu kennzeichnen. Das Vorgehen bei wichtigen Inbetriebnahmeaktivitäten ist rechtzeitig detailliert darzustellen und in den IBN-Gesprächen übergreifend zu erläutern.

Die IBN von Anlageteilen erfolgt erst nach Abstimmung (Freigabe) mit dem AG.

6.7 Inbetriebnahme Besprechungen

Tagesbesprechung (IBN-Besprechung):

Spätestens ab Beginn der heißen IBN werden unter Führung und auf Veranlassung des IBN-Koordinators AN tägliche Abstimmungen sämtlicher organisatorischer Belange im Rahmen der Inbetriebnahme sowie einzelner IBN-Maßnahmen und Erörterung von besonderen Vorkommnissen (z. B. Störungen, etc.) vorgenommen.

Basis für die Gespräche sind die Tagesprogramme der IBN-Leiter (AN) anhand des abgestimmten IBN-Wochenprogrammes und der aktuellen Ergebnisse des Vortages. Änderungen bzw. Ergänzungen, die sich aus dem Gespräch ergeben, werden vom IBN-Koordinator (AN) protokolliert und händisch von den verantwortlichen IBN-Leitern der Auftragnehmer in deren Tagesprogramme eingetragen. Sollten Einzelfragen dabei nicht abschließend zu klären sein, wird eine gesonderte Besprechung vereinbart.

Wochenbesprechungen:

Zum Review der Aktivitäten der vergangenen Woche sowie zur Planung der IBN-Aktivitäten der kommenden Woche wird mit den Projektbeteiligten eine wöchentliche IBN-Besprechung durchgeführt. Die Gesprächsführung findet auf der Grundlage der wöchentlichen IBN-Berichte der Projektbeteiligten

hinsichtlich Review und der im IBN-Terminplan für die Folgewoche vorgeschauten Aktivitäten statt. Das Gespräch wird vom IBN-Koordinator (AN) protokolliert, wodurch der IBN-Ablauf und alle IBN-Aktivitäten mit Stand der Planung und Stand der Abarbeitung (gemäß Terminplan) dokumentiert werden. Im Ergebnis der Wochenbesprechung wird das aktuelle Wochenprogramm vom IBN-Koordinator AN an alle Beteiligten verteilt.

6.8 Berichterstattung bei der Inbetriebnahme

Wochenbericht

Während der Inbetriebnahme verfasst der verantwortliche IBN-Leiter der einzelnen Projektbeteiligten (AN) wöchentlich einen Bericht über die Aktivitäten auf der Anlage. Aus diesem Bericht muss hervorgehen, was für Arbeiten durchgeführt wurden, wo Schwierigkeiten aufgetreten sind und wo Terminverzug zu erwarten ist.

Die Mindestangaben umfassen:

- durchgeführte IBN-Arbeiten
- Betriebszustand der jeweiligen Anlage bzw. ihrer Großkomponenten entsprechend IBN-Phasen
- Abschätzung der Betriebsmittelverbräuche der nächsten Wochen
- Einhaltung des Terminplans, bei drohenden oder eingetretenen Verzügen mit Angabe von kompensierenden Maßnahmen
- Besondere Vorfälle (erforderliche Reparaturen, Unfälle ...)
- Abnahmen
- Betriebsstunden von Einrichtungsantrieben
- Vorgeschaute Montageendkontrollen und/oder geplante IBN-Arbeiten in Folgewoche
- Personaleinsatz (soweit dieser nicht anderweitig festgehalten ist)
- Besondere Vorkommnisse wie Arbeitsbehinderung, Unfälle etc. (mit Gründen).

Die Wochenberichte sind bis zum Vorabend der Wochenbesprechung der darauffolgenden Woche zu erstellen und zu verteilen.

Bericht zu besonderen Vorkommnissen

Treten während der IBN-Phase Probleme auf, so ist unmittelbar der IBN-Koordinator AG vorab mündlich sowie schriftlich zu informieren. Für jeden Mangel ist eine separate schriftliche Mängelmeldung inkl. Abstellung zu erstellen.

6.9 Arbeitszeitfestsetzung

Die Normalarbeitszeit auf der Baustelle ist für alle Firmen gleich und liegt montags bis samstags zwischen 06:00 und 22:00 Uhr und muss den Festlegungen des ArbZG entsprechen. Ausnahmen sind mit der OBL GU zu vereinbaren.

Nachtschichten sind 2 Wochen im Voraus bei der OBL AN zu beantragen. Die OBL AN wird - sofern es notwendig erscheint – Arbeitsbeginn und Arbeitsende genau festlegen.

Bei Sonntags- und Feiertagsarbeiten sind die gesetzlichen Vorschriften zu beachten. Die Einholung der notwendigen Genehmigung der zuständigen staatlichen Arbeitsschutzbehörde ist allein Sache des verantwortlichen Firmen-, Bau- bzw. Montageleiters. Spätestens 3 Tage vor Ableistung von Nacht-, Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit ist diese bei der OBL AG und OBL AN anzumelden (siehe Formular 7: Überstunden-, Wochenend-, Feiertagsarbeitsmeldung). Für Sonntags- und Feiertagsarbeit ist dabei auch die Genehmigung der staatlichen Arbeitsschutzbehörde der OBL AN vorzulegen. Die OBL AN leitet die Sonderarbeitszeiten zusammengefasst an den AG weiter.

6.10 Personal des Auftragnehmers

Alle Beschäftigten sind zu einer reibungslosen Zusammenarbeit mit anderen Auftragnehmern verpflichtet. Personal, das den Arbeitsfrieden stört, gegen Vorschriften verstößt, den Fortschritt des Baues/Montage beeinträchtigt oder den Anweisungen der OBL AG oder deren Beauftragten nicht Folge leistet, ist von den Auftragnehmern auf Verlangen der OBL AG abzurufen und durch andere entsprechend qualifizierte Personen zu ersetzen. Der Bau- und Montageleiter eines Auftragnehmers ist gegenüber der OBL AN auch für das Personal seiner Unterlieferanten verantwortlich.

Jeder ist dem Bauherrn bzw. der OBL AG gegenüber verpflichtet, sich auf Anfrage mit Namen und Firmenangabe zu erkennen zu geben. Alle auf der Baustelle Beschäftigten aus Bauhauptgewerbe, Gebäudereinigung und Transportgewerbe sind verpflichtet ihren Baustellenausweis bzw.

Besucherausweis ständig mit sich zu führen. Die Ausweise sind auf Verlangen der OBL AG und OBL AN vorzuweisen.

Qualifikation der Arbeitskräfte

Die eingesetzten Arbeitskräfte müssen für die Ihnen übertragenen Arbeiten die notwendige Sachkunde und Erfahrung haben. Auf Verlangen der OBL AG sind Arbeitskräfte, denen die entsprechende Sachkunde und Erfahrung fehlt durch geeignetes Personal zu ersetzen.

Für Mitarbeiter, die (Bau)Maschinen bedienen, muss die entsprechende Qualifikation nachgewiesen werden sowie die Unterweisung dokumentiert sein.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass nur Personal eingesetzt wird, das gesundheitlich für die Arbeit geeignet ist und durch arbeitsmedizinische Vorsorge überwacht wird – dies gilt insbesondere für Arbeiten mit evtl. gesundheitsschädigenden Einwirkungen und die daraus erwirkenden Pflicht- und Eignungsuntersuchungen.

Eine etwaige Zurückweisung erfolgt allein durch die OBL AN. Die OBL AG ist darüber zu informieren.

Besonderheiten bei ausländischen Mitarbeitern

Beim Einsatz ausländischer Mitarbeiter, die nicht aus EU-Ländern kommen, hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass folgende gültige Dokumente ausgestellt wurden:

- eine Aufenthaltserlaubnis der Ausländerbehörde des vorgesehenen Aufenthaltsortes im Bundesgebiet,
- eine Anmeldung nach dem Meldegesetz und
- eine Arbeitserlaubnis des zuständigen Arbeitsamtes.

Der OBL AG und OBL AN sind auf Anforderung innerhalb von 24 h die entsprechenden Nachweise vorzulegen. Befristungen hat der Auftragnehmer zu beachten. Personen, die die genannten (gültigen) Dokumente nicht aufweisen können, dürfen auf der Baustelle nicht eingesetzt werden bzw. werden von der OBL AN verwiesen.

Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher

Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

Ausländische Auftragnehmer bzw. Unterlieferanten sind verpflichtet, Aufsichtspersonen auf die Baustelle zu entsenden, die mit den geltenden deutschen Arbeitsschutzgesetzen und Unfallverhütungsvorschriften hinreichend vertraut sind. Bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass diese ausreichende Deutschkenntnisse aufweisen (siehe auch Vertrag).

Die Einweisung der ausländischen Arbeitnehmer in die Arbeitssicherheit und die besonderen örtlichen Gegebenheiten durch den verantwortlichen Bau-/Montageleiter des Auftragnehmers hat in deren Muttersprache zu erfolgen. Dazu sind ggf. die entsprechenden Unterlagen auf Kosten des

Auftragnehmers zu übersetzen.

Die Bau- bzw. Montageleiter und deren Vertreter, Vorarbeiter, die Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Brandschutzbeauftragte und Sicherheitsbeauftragte müssen verhandlungssichere Deutschkenntnisse (Wort und Schrift) besitzen. Ebenso muss von jedem Unterlieferanten, der Arbeiten auf der Baustelle ausführt, ständig mindestens eine Aufsichtsperson mit verhandlungssicheren Deutschkenntnissen (Wort und Schrift) auf der Baustelle anwesend sein.

7 Baustelleneinrichtung und Arbeitsplätze

7.1 Baustelleneinrichtung

Das Aufstellen jeglicher Baustelleneinrichtungen wie Büro-, Werkstatt-, Sanitär- und Lagercontainer, Krane etc. sowie das Anlegen jeglicher Flächen wie Freilagerplätze, Montageplätze, Parkplätze, Straßen etc. ist nur mit Zustimmung des AG gestattet. Sie müssen bereits bei Anlieferung ein für den AN charakteristisches, dauerhaft angebrachtes Firmenschild tragen. Durch die Bauleitung werden bei Erfordernis, vor Beginn der Arbeiten, entsprechende Flächen im Gelände für Baustelleneinrichtungen zugewiesen. Jeder Auftragnehmer ist für die Schaffung winterfester bzw. witterungsfester Lager-, Werkstatt-, Arbeitsplätze etc. selbst verantwortlich.

Die Sicherheit von Elektro-Installationen ist durch eine DGUV V3-Bescheinigung nachzuweisen und darf nicht älter als 3 Monate sein. Sie dürfen nur auf den vom AG zugewiesenen Flächen errichtet werden.

Übernachtungen auf der Baustelle sind verboten.

Bei Beendigung der Tätigkeiten, spätestens zum Inbetriebsetzungsende, sind nach Absprache mit dem AG die Baustelleneinrichtungen abzubauen und abzutransportieren. Vom AG zur Benutzung überlassene Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind nach der Räumung in den ursprünglichen Zustand zu versetzen, d. h. auch Fundamente oder sonstige massive Bauteile sind zu entfernen. Des Weiteren sind alle Wege und erdverlegte Einrichtungen unverzüglich zu beseitigen. Der zur Verfügung gestellte Platz ist gereinigt und in aufgeräumtem Zustand zu hinterlassen.

Befolgt der AN eine dahingehende Aufforderung nicht innerhalb einer vorgegebenen Frist, so kann der AG die Baustelle auf dessen Kosten räumen lassen.

7.2 Ordnung und Sauberkeit

Der AN ist verpflichtet, Bau- und Montagestellen, Lager, Magazine, Unterkünfte und Sanitärbereiche in ordentlichem und sauberem Zustand zu halten und bei Bedarf zu reinigen. Kabel, Leitungen, Schläuche usw., die für die tägliche Benutzung gebraucht werden, sind ordnungsgemäß zu führen, so dass keine Unfallgefahren oder Verkehrsbehinderungen entstehen.

Die Arbeits- und Lagerflächen und deren Zugänge/Zufahrten sind von Schnee und Eis zu befreien bzw. zu streuen.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass in seinem gesamten Bereich umgehend, mindestens jedoch täglich, unnötiges Restmaterial, Bauschutt, Verpackungsmaterial etc. entfernt wird. Herumliegende brennbare Stoffe sind unverzüglich einzusammeln.

Alle anfallenden Abfälle (auch Hausmüll) sind ordnungsgemäß zu lagern und regelmäßig zu entsorgen. Zu diesem Zweck hat der AN geeignete Behälter aufzustellen bzw. die durch die Bauleitung zugewiesenen Behälter zu nutzen. Werden Arbeitsplätze einzelner Firmen entgegen den Richtlinien dieser Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung angetroffen, behält sich die OBL AG vor, diese Plätze reinigen zu lassen und die Kosten der betreffenden Firma in Rechnung zu stellen. Sofern mehrere Firmen an einem Arbeitsplatz tätig sind, bestimmt die OBL AN bereichsweise einen Verantwortlichen, der für die Reinigung zuständig ist. Die Entsorgung jeglicher Abfälle ist durch einen Entsorgungsnachweis nachzuweisen und bei Bedarf der OBL AG vorzulegen.

7.3 Sicherung gegen Diebstahl und Verlust

Der AN ist verpflichtet, ausreichende Schutzvorkehrungen gegen Diebstahl und Verlust sowohl eigener als auch beigestellter Gegenstände, z. B. Montagegerät und Werkzeug zu treffen. Die administrative Abwicklung nach erfolgten Diebstählen hat er selbst vorzunehmen. Der AG ist unverzüglich schriftlich zu informieren.

8 Bau- und Montageausführung

8.1 Ausführung der Leistungen

Der AN hat rechtzeitig (mindestens 24h vorher) den Beginn der Arbeiten und den Arbeitsablauf mit dem AG abzustimmen. Die Ausführung von Arbeiten an bestehenden Anlagen des AG ist generell nur mit einem auf die Arbeit bezogenen Erlaubnisschein gestattet, welcher durch den AG ausgegeben wird. Dies betrifft hauptsächlich die Schnittstellen zu den Anlagen des AG. Dazu gehören:

- | | |
|--|--|
| - Arbeitserlaubnisschein (AES) | für Arbeiten an technologischen Anlagen |
| - Befahrerlaubnisschein
in | Befahren von Behältern und Räumen (Erteilung
Verbindung mit vorg. AES) |
| - Gerüsterlaubnisschein (GES) | Erstellen von Gerüsten |
| - Erlaubnisschein für Erdarbeiten | Durchführen von Schachtarbeiten u. ä. |
| - Schweißerlaubnis (SES) | Durchführung von Schweiß-, Brenn- o.
Trennschleifarbeiten |
| - Freigabe für Arbeiten an
elektrotechnischen Anlagen | Durchführung von Arbeiten an elektrotechnischen
Betriebsmitteln und in elektrotechnischen
Betriebsräumen |

Anforderungen zur Erteilung von Erlaubnissen sind entsprechend am vorherigen Werktag beim OBL AN einzureichen.

Bei Arbeiten in Räumen mit automatischer Brandmeldeanlage (BMA) ist dem Aussteller der Arbeitserlaubnis mitzuteilen, ob Fehlauslösungen durch Staub-, Rauch- oder Wärmeentwicklung möglich sind. In diesen Fällen ist die Außerbetriebnahme der BMA zu fordern. Bei Unterlassung trägt der Verursacher die Kosten der Fehlauslösung.

Treten während der Ausführung der Arbeiten Änderungen ein, hat der AN die jeweilige Erlaubnis dahingehend durch den AG präzisieren zu lassen.

Nach Abschluss der Arbeiten ist der Erlaubnisschein an die ausgebende Stelle unverzüglich zurückzugeben.

Der AG kann bei Notwendigkeit die Erlaubnis zeitweilig einziehen; für diese Zeit sind die Arbeiten durch den AN zu unterbrechen.

Alle AN sind zur reibungslosen Zusammenarbeit verpflichtet. Arbeiten an nicht zur Lieferung und Leistung gehörenden Teilen wie Anschweißen, Stemmen, Änderungen, Anbringen von Abfangseilen und Flaschenzügen usw. dürfen nur mit Zustimmung des jeweiligen AN oder AG erfolgen. Montagehilfen sind nach Beendigung der Montage zu entfernen.

Baustellenbegehungen der OBL/SiGeKo im Arbeits-/Montagebereich des AG hat der AN zu begleiten. Die von der OBL /SiGeKo AG im „Montagebegehungsprotokoll“ festgehaltenen Punkte sind vom AN kurzfristig zu bearbeiten und zu beheben.

Beschädigungen an bestehenden oder bereits montierten Anlagenteilen sind unverzüglich der OBL AG und OBL AN zu melden. Wird eine Beschädigung nicht gemeldet, so wird der nach Lage der Dinge mutmaßliche

Verursacher zur Verantwortung gezogen. Dieser müsste ggf. seine Nichtbeteiligung nachweisen.

8.2 Erdarbeiten

Bei allen Arbeiten an und unterhalb der Erdoberfläche ist ein Erlaubnisschein für Erdarbeiten einzuholen. Dies gilt auch für das Eintreiben von Pfählen, Ankern u. ä. Den Anweisungen zum Schutz der Versorgungsanlagen ist unbedingt Folge zu leisten.

Vor dem Verfüllen sind alle Leitungen, Kabel, Fundamente u. ä. einzumessen und in den Ausführungsunterlagen zu dokumentieren. Dazu ist ein Verfüllungsprotokoll entsprechend der geltenden Spezifikationen des AG zu erstellen.

Baugruben und Gräben sind vom AN auf Standsicherheit und Tragfähigkeit der Grabenwände zu überwachen. Baugruben und Gräben sind nach DIN 4124 auszuführen. Bei Rohrleitungsarbeiten ist DGUV Information 201-052 zu beachten.

8.3 Abbrucharbeiten

Bei Abbrucharbeiten sind die gesonderten Festlegungen der Abbruchgenehmigung oder des AG zu beachten. Durch den AN ist in jedem Fall eine Abbruchtechnologie zu erstellen und mit dem AG abzustimmen.

8.4 Erdung von Baukränen

Wegen der Gefahr von Blitzschlägen in Baukräne und dergleichen sind diese jeweils gesondert zu erden. Die Erdung der Baukräne hat gemäß der DIN VDE zu erfolgen. Die Ausführung muss so erfolgen, dass die Funktion über die gesamte Aufstellungszeit sicher gewährleistet ist. Nachweise über Standsicherheit der Krane und dazugehörigen Anlagen sind drei Tage vor Erstinbetriebnahme der OBL AG zu übergeben.

8.5 Baustellenbeleuchtung

Für die Beleuchtung der Arbeitsplätze, Vormontageflächen, sonstiger Baustelleneinrichtungsflächen und Montagebaracken hat der Auftragnehmer selbst zu sorgen. Ortsveränderliche Leuchten müssen den VDE Vorschriften entsprechen. Die Leuchten sind blendungsarm zu installieren.

8.6 Wasser

Der Bauherr stellt Wasser in der auf der Baustelle vorhandenen Art an einer bestimmten Anschlussstelle zur Verfügung; Ausfall der Wasserversorgung ist hiervon ausgenommen. Die frostsichere und dichte Verlegung, Instandhaltung, Umlegung und Demontage der erforderlichen Verteilerleitungen sowie deren erstmalige und regelmäßige Prüfung gemäß Trinkwasserverordnung ist Aufgabe des Auftragnehmers, der für Unfälle bzw. Schäden, die aus der Benutzung der Wasserversorgung entstehen, alleine haftet. Die Trassierung außerhalb des zugewiesenen Baustelleneinrichtungsbereichs bedarf der Zustimmung der OBL.

9 Arbeitssicherheit und Erste Hilfe

9.1 Allgemeines

Der Auftragnehmer ist im Rahmen seines Liefer- und Leistungsumfanges gemäß den gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen und vertraglichen Vereinbarungen, in Fragen der Unfallverhütung und des Arbeitsschutzes selbst verantwortlich. Er hat zur Verhütung von Arbeitsunfällen Einrichtungen, Anordnungen und Maßnahmen zu treffen, die den Bestimmungen der DGUV Vorschrift 1 und den für ihn sonst geltenden Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften und Regeln und im Übrigen den allgemein anerkannten

sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen. Jeder Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass seine auf der Baustelle tätigen Mitarbeiter Kenntnis über die Baustellen und IBN-Ordnung, einschlägige Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften sowie den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans (SiGe-Plan) haben.

Der Bauherr setzt einen sicherheitstechnischen Koordinator nach DGUV Vorschrift 1 (nachfolgend Koordinator) und einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator (nachfolgend SiGe-Koordinator) nach Baustellenverordnung ein, die gegenüber allen am Bau beteiligten Personen

in sicherheitstechnisch relevanten Angelegenheiten weisungsbefugt sind.

Der Koordinator AG und der SiGeKo AG führen regelmäßige Sicherheitsbesprechungen durch. Die Koordinatoren führen zusammen mit den Bau-/Montageleitern der auf der Baustelle tätigen Auftragnehmer regelmäßig eine sicherheitstechnische Begehung der Baustelle durch. Eine entsprechende Einladung der Koordinatoren zur Sicherheitsbesprechung/-begehung verpflichtet zur Teilnahme. Die Ergebnisse der Sicherheitsbesprechungen und der -begehungen werden protokolliert.

Alle auf der Baustelle tätigen Firmen sind verpflichtet, den Weisungen des Koordinators und des SiGeKos Folge zu leisten. Bei Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften werden durch die OBL AG oder Beauftragte des Bauherrn Abhilfemaßnahmen veranlasst. Bei wiederholten oder schweren Verstößen kann dies nach Ermessen der Beauftragten des Bauherrn zur Stilllegung der Arbeiten führen; ebenso können verantwortliche Personen von der Baustelle verwiesen werden. Die durch diese Maßnahmen entstehenden Kosten gehen zu Lasten des betreffenden Auftragnehmers. Die vom Bauherrn Beauftragten können verantwortliche Personen auch Behörden melden oder Strafanzeige stellen.

Der Koordinator und SiGeKo des Bauherrn ersetzt nicht die Sicherheitsfachkräfte welche jeder Auftragnehmer/Unterlieferant gemäß Arbeitssicherheitsgesetz bestellen muss.

Ebenso befreit die Tätigkeit des Koordinators und die des SiGeKos den Auftragnehmer nicht von seiner Abstimmungspflicht mit anderen Unternehmern entsprechend § 8 ArbSchG.

9.2 Koordinierung

Aufgabe der Koordinatoren nach DGUV Vorschrift 1 ist es, die Tätigkeiten aller auf der Gesamt-Baustelle tätigen AN aufeinander im Hinblick auf gegenseitige Gefährdung zu koordinieren und erforderliche Maßnahmen (Schutzeinrichtungen) festzulegen.

Der SiGeKo des AN erstellt basierend auf Angaben der Auftragnehmer (Termin- und Ablaufpläne etc.) bereits in der Planungsphase einen SiGePlan für den Bau und die Montage der Anlage. Dieser ist mit dem SiGeKo des AG abzustimmen und ihm und dem sicherheitstechnischen Koordinator des AG vorzulegen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich für die von ihm durchzuführenden Arbeiten Gefährdungs- und Belastungsbeurteilungen anzufertigen. Greifen Arbeitsvorgänge eines oder mehrerer Auftragnehmer erkennbar ineinander, so sind vom Auftragnehmer die Gegebenheiten zu prüfen – insbesondere bei

Baugruben, Gräben, hoch gelegenen Arbeitsplätzen, Verkehrswege, Gerüste, Stromversorgung und Baustellenbeleuchtung. Die Auftragnehmer haben dem SiGe-Koordinator des AG vor Beginn der Arbeiten die von Ihnen angefertigte Gefährdungs- und Belastungsanalysen zu übergeben und

ihre Arbeitsverfahren, Geräte/Werkzeugeinsatz sowie die vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen anzugeben. Unter Zugrundelegung des Bauablaufplanes, des Auftrages und des SiGe-Plans prüft der SiGeKo die Angaben daraufhin, ob die Arbeiten wie vorgesehen und ohne gegenseitige Gefährdung bzw. ohne Wechselwirkung zu betrieblichen Tätigkeiten durchgeführt werden können. Ergibt die Prüfung, dass die Sicherheitsmaßnahmen unzureichend sind, veranlasst der Koordinator in

Abstimmung mit der OBL AN notwendige Änderungen der Arbeitsverfahren oder des Arbeitsablaufes. Der SiGeKo AG prüft die Einhaltung des von ihm erstellten Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans (SiGe-Plan).

Wird in einem Bereich vom Auftragnehmer neu die Arbeit aufgenommen, so hat sich der Bau- bzw. Montageleiter des Auftragnehmers davon zu überzeugen und Maßnahmen zu treffen, dass durch seine Tätigkeit keine vorhandenen anderen, fremden Gewerke und Personen gefährdet werden können.

Fällt die Durchführung von Arbeiten eines Auftragnehmers zeitlich und örtlich mit Aufträgen anderer Auftragnehmer zusammen, so ist er verpflichtet, Schutzmaßnahmen zu treffen, soweit dies zur Vermeidung einer Gefährdung anderer erforderlich ist. Der SiGeKo ist zu unterrichten, falls die Gefährdung nicht im SiGe-Plan vermerkt ist.

Der Auftragnehmer/Unterauftragnehmer hat sich mit den Verantwortlichen anderer Auftragnehmer und mit dem Koordinator abzustimmen, wenn während seiner Tätigkeit eine gegenseitige Gefährdung auftreten kann. Über die Absprache ist ein Protokoll zu erstellen.

9.3 Unterweisung

Über die betrieblichen Regelungen des AG und örtlichen Gegebenheiten auf der Baustelle hat der AN alle an den Arbeiten beteiligten Arbeitnehmer vor Beginn der Arbeiten zu unterweisen.

9.4 Persönliche Schutzausrüstung und Sicherheitstechnik

Der AN hat seinen Mitarbeitern die notwendigen persönlichen Schutzausrüstungen zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass diese vorschriftsmäßig genutzt werden. Das gilt auch für die PSA zum sicheren Betreten der Objekte und Arbeitsstätten des AG (Helm, Schutzbrille, S3 Sicherheitsschuhe, Warnweste und bei Bedarf Gehörschutz in Lärmbereichen, sowie PSA gegen Absturz).

Erforderliche Sicherheitstechnik (z.B. Gasmessgeräte zur Überwachung von Atmosphären, ex-geschützte Belüftungsgeräte) sind vom AN in ausreichender Qualität und Quantität selbst zu stellen.

9.5 Gerüste, Schutzeinrichtungen, Abdeckungen und Absperrmaßnahmen

Der AN hat die Erstellung einer Rüstung mittels eines Gerüsterlaubnisscheines entsprechend [RI Gerüstbauordnung](#) zu beauftragen und zu kennzeichnen. Die Gerüste müssen eine Kennzeichnung tragen. Sie dürfen erst nach Freigabe durch den Gerüstersteller betreten werden. Gerüste sind arbeitstäglich zu kontrollieren.

Für eine ordnungsgemäße Erhaltung und Benutzung der Gerüste ist jeder verantwortlich, der sich der Gerüste bedient. Schadhafte Gerüstteile, Leitern oder Bretter dürfen nicht benutzt werden. Defekte Gerüste sind unverzüglich zu sperren. Die Freigabe von Gerüsten erfolgt durch die am Gerüst angebrachte Gerüstkarte. Die OBL/SiGeKo AG führen in regelmäßigen Abständen mit dem Bau-/Montageleiter des Auftragnehmers Gerüstkontrollen durch; die Ergebnisse werden schriftlich dokumentiert.

An absturzgefährdeten Arbeitsplätzen hat der AN geeignete technische Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz seiner MA vorzunehmen. Sind diese nicht realisierbar, so müssen die MA mit PSA gegen Absturz gesichert sein.

Des Weiteren hat der AN dafür zu sorgen, dass die durch seine Tätigkeit entstehenden Gefahrenbereiche (z.B. durch herabfallendes Material oder durch Funkenflug) so gering wie möglich und gesichert / abgesperrt sind. Werden durch die Absperrungen die Flucht- und Rettungswege aus den Objekten beeinträchtigt, müssen diese vorab mit der Bauleitung abgestimmt sein.

9.6 Maschinen, Geräte, Hebezeuge und Aufzüge

Alle notwendigen Maschinen und Werkzeuge zur Ausführung der Arbeiten sind vom AN zu stellen und müssen sich in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden und den gesetzlichen Mindestanforderungen für den konkreten Einsatz entsprechen und geprüft sein (Prüfdatum nicht älter als 3 Monate). Der AG behält sich vor, dies zu prüfen und Werkzeuge oder Maschinen, die nicht den Sicherheitsvorschriften entsprechen, von der Benutzung auszuschließen.

Kopien der letzten Prüfbescheinigung der auf der Baustelle eingesetzten Transportgeräte/Hebezeuge (Krane, Bauaufzüge, Traversen etc.) sind zur jederzeitigen Einsichtnahme auf der Baustelle bereitzuhalten.

9.7 Strahlenschutz

Beabsichtigt der AN zerstörungsfreie Werkstoffprüfungen mittels ionisierender Strahlung durchzuführen, so sind diese dem Strahlenschutzbeauftragten des AG schriftlich vorher anzuzeigen.

Für die Gestellung des sachkundigen Personals, zugelassener und geprüfter Technik und die Umsetzung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen ist der AN verantwortlich.

9.8 Lagerung/Umgang mit Gefahrstoffen sowie gefährlichen Arbeits- und Hilfsstoffen

Grundsätzlich ist vor dem Einsatz von o. g. Stoffen die OBL AN über Art und Menge des Gefahrstoffeinsatzes zu informieren.

Die Lagerung, Kennzeichnung und der Umgang mit Gefahrstoffen (z. B. giftige, ätzende, leicht entzündbare Stoffe) hat entsprechend der Gefahrstoffverordnung und nach GHS zu erfolgen. Der AN hat am Einsatzort die Gefahren beim Umgang zu bewerten und eine Betriebsanweisung auszuhängen, auf der der sachgerechte Umgang und die Notfallmaßnahmen dargestellt sind. Bei Gefährdungen, die über den eigenen Arbeitsbereich hinausgehen, sind benachbarte Gewerke, in Abstimmung mit dem OBL AN zu informieren.

An den Arbeitsstellen ist nur der erforderliche Tagesbedarf vorzuhalten.

Die Lagerung solcher Stoffe darf nur im betriebsnotwendigen Umfang, in geeigneten Räumen und Behältnissen außerhalb der Arbeitsstellen sowie unter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen erfolgen.

Das Betanken von Baustellenfahrzeugen und Maschinen ist ordnungsgemäß außerhalb von Ex- oder Brandgefahrenzonen sowie ausschließlich auf wasserundurchlässigem Untergrund durchzuführen. Sollten Gefahrstoffe oder wassergefährdende Stoffe freigesetzt werden, so ist unverzüglich der OBL AG und die OBL AN zu informieren. Die Freisetzung und weitere Ausbreitung der Stoffe ist vom Auftragnehmer zu unterbinden. Die Beseitigung/Entsorgung erfolgt zu Lasten des Auftragnehmers. Bei besonderen Gefährdungen ist die Feuerwehr und die untere Wasserbehörde unverzüglich zu informieren.

9.9 Elektrische Anlagen

Der AN hat sich vor Beginn seiner vereinbarten Lieferungen und Leistungen mit dem AG über bestehende örtliche Bedingungen bzw. seine Forderungen zur Realisierung des Vertrages zum Einsatz elektrischer Betriebsmittel, Anschlusswerte usw. abzustimmen. Notwendige Veränderungen während der Leistungserbringung sind ebenfalls mit dem AG abzustimmen.

Ortsveränderliche Betriebsmittel dürfen nur über zugelassene und geprüfte Baustromverteiler bzw. an den Reparatursteckdosen des AG betrieben werden. Die Stromkreise müssen mittels FI - Schutzschalter abgesichert sein.

Die Schutzart der Betriebsmittel muss den Einsatzverhältnissen entsprechen (z. B. Feuchtraumschutz, Ex-Schutz).

Eine Verpflichtung zur unterbrechungslosen und unbegrenzten Stromversorgung seitens des Bauherrn besteht nicht.

9.10 Erste Hilfeleistung und Verhalten bei Unfällen

Jeder AN ist verpflichtet, eigene Ersthelfer und eigenes Sanitätsmaterial entsprechend DGUV V1 „Grundsätze der Prävention“ über den gesamten Arbeitszeitraum bereitzuhalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den technischen Objekten i.d.R. Brauchwasseranschlüsse installiert sind, so dass

zur Wundreinigung zusätzliche Mittel erforderlich sein können (z.B. Augenspülflaschen). Ein Defibrillator ist durch die OBL AN auf der Baustelle vorzuhalten.

Jeder auf der Baustelle Anwesende hat die Verpflichtung, bei einem Unfall Erste Hilfe zu leisten. Jeder AN hat mindestens 10% seiner Mitarbeiter in Erste Hilfe auszubilden und auf der Baustelle arbeitstäglich vorzuhalten. Weiterhin ist ausreichend Verbandmaterial durch den AN vorzuhalten.

Jeder Unfall ist unabhängig vom behördlichen Meldeweg dem AG mittels Kopie der Unfallanzeige unverzüglich mitzuteilen. Die gesetzlichen Meldepflichten sind zu erfüllen. Es ist eine Unfallanalyse mit Unfallbeschreibung und den getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Bei schweren oder tödlichen Unfällen sind unverzüglich der AG sowie die zuständigen Behörden zu verständigen. Alarmierung von Krankenwagen und Feuerwehr erfolgt über den objektbezogenen Notruf. Der Wachdienst ist zur Einweisung der Fahrzeuge zu verständigen. Die Unfallstelle soll möglichst unverändert bleiben, bis alle Ermittlungen abgeschlossen sind.

Die Montageleiter der einzelnen Firmen sind verpflichtet, in Ihren Baubüros, Werkstätten und in der Nähe der Bau-/Montageplätze die Notruf-Informationen auszuhängen.

Bei Alarm sind die festgelegten Sammelplätze aufzusuchen; Aufzüge dürfen nicht benutzt werden.

10 Brand- und Explosionsschutz

10.1 Brandsicherheit

Grundsätzliche sowie objektspezifische Festlegungen zur Gewährleistung des Brandschutzes enthalten die Brandschutzordnung sowie die jeweiligen Objektordnungen.

Sind die dort enthaltenen Forderungen nicht vollständig umsetzbar oder ist der Einsatz von brandgefährlichen Technologien in brand- oder ex-gefährdeten Bereichen nicht vermeidbar, sind die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten mit der OBL, dem Koordinator und dem SiGeKo abzustimmen. Die Beschäftigten der Auftragnehmer sind im Brandschutz zu unterrichten (z. B. Bedienung von Feuerlöschern, Brandmeldeeinrichtungen, Sammelpunkte).

Jeder Auftragnehmer hat zur Verringerung der Brandgefahr insbesondere Folgendes zu beachten:

- Brennbare Gut an Arbeitsplätzen nur in der für den kontinuierlichen Arbeitsablauf unabdingbaren Menge einzubringen,
- leicht und normal entflammbare Stoffe und Waren möglichst durch schwer oder nichtentflammbare zu ersetzen bzw. zu schützen,
- brennbare Materialien an schwer einsehbaren Stellen oder unter offenen Bühnen und Decken nicht vorzuhalten,
- Verpackungsmaterial und nicht mehr benötigte brennbare Baustoffe und Bauteile laufend aus dem Bau zu entfernen und in Sammelbehältern zu lagern,
- besondere Gefahrenstellen sind für jedermann deutlich erkennbar und dauerhaft auszuweisen, sofern sie nicht zu vermeiden oder vor Fremdeinwirkung zu sichern sind,
- Rauch- und Feuerverbote sind streng zu beachten. An gefährdeten Stellen ist das Rauchen in jedem Fall untersagt, auch ohne vorheriges Rauchverbot.

Weitere ergänzende Bestimmungen, insbesondere Feuerlöschregeln und Alarmpläne, werden mittels Baustellenmitteilungen geregelt

10.2 Explosionsschutz

In Bereichen mit Explosionsgefahr sind die erforderlichen Schutzmaßnahmen durch den AN in Abstimmung mit der OBL AN, OBL AG und dem SiGeKo festzulegen und für die Umsetzung zu sorgen.

10.3 Schweißarbeiten und ähnliche Verfahren

Aufgrund der besonderen Bedeutung wird ausdrücklich auf die Beachtung der allgemeinen Sicherheitserfordernisse (siehe DGUV Regel 100-500 Kapitel 2.26 „Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren“) und die auf die internen Festlegungen zur Organisation der Schweißsicherheit hingewiesen. Alle Arbeiten dürfen nur mit Schweißerlaubnisschein oder an ortsfesten Schweißarbeitsplätzen ausgeführt werden.

Mit Beginn von Inbetriebnahmemaßnahmen ist in jedem Fall die „Erlaubnis für Schweiß- und Feuerarbeiten“ beim Inbetriebnahmekoordinator einzuholen. Gasflaschen aller Art sind durch geeignete Maßnahmen gegen Umfallen zu sichern. Sie dürfen nicht der Sonne oder sonstigen Wärmeeinflüssen ausgesetzt werden.

10.4 Flucht- und Rettungswege

Flucht und Rettungswege sind bei allen Arbeiten stets freizuhalten. Markierungen dürfen nicht beschädigt, verdreckt, zugestellt oder entfernt werden. Die technologisch bedingte Sperrung einzelner Durchgänge ist mit der OBL AN, OBL AG und dem SiGeKo im Voraus abzustimmen und geänderte Rettungswege eindeutig zu kennzeichnen.

Der OBL AN ist für die Kontrolle und Meldung der Personalstärke seiner MA bei Evakuierungsalarmen verantwortlich.

10.5 Brandbekämpfung und Ereignisanzeige

Jeder AN hat an den Baustelleneinrichtungen und an den Arbeitsstellen eine ausreichende Anzahl von für die Arbeiten geeigneten Feuerlöschern gem. ASR A 2.2 „Maßnahmen gegen Brände“ selbst vorzuhalten und für die turnusmäßige Prüfung der Funktionstüchtigkeit zu sorgen.

Jeder Brand (auch Kleinbrand) sowie jede Explosion ist unter genauer Angabe der Lage und des Schadens sofort der OBL AN und dem SiGeKo zu melden.

11 Umweltschutz/Abfallwirtschaft

Der AN hat eigenverantwortlich in Abstimmung mit der OBL AG die entsprechenden Genehmigungs-, Ausführungs- und Überwachungsmaßnahmen zu treffen sowie die entsprechenden personellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu schaffen. Bei umweltrelevanten Problemen ist die Bauleitung unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Für eine Einleitung in ein Gewässer oder das örtliche Kanalsystem muss eine entsprechende Genehmigung beantragt werden. Die Beantragung hat in Abstimmung mit dem AG zu erfolgen.

Der AN ist verpflichtet, anfallende Abfälle entsprechend den geltenden gesetzlichen Regelungen ordnungsgemäß zu entsorgen und diese schriftlich nachzuweisen. Bei Bedarf sind die Entsorgungsnachweise auch dem AG vorzulegen.

Abfallcontainer des AG dürfen grundsätzlich nicht genutzt werden, außer wenn dies vertraglich vereinbart ist. Dabei ist den Anweisungen des Personals des AG Folge zu leisten.

Bei der Entsorgung von gefährlichen Abfällen hat der AN in Abstimmung mit dem AG vorab die erforderlichen Nachweise zu erbringen. Das Vergraben und Verbrennen von Abfällen ist verboten.

Maßnahmen zur Ungezieferbekämpfung sind vom AN zu treffen. Übergreifend können diese auch von der OBL veranlasst und die auf der Baustelle tätigen Firmen anteilig mit den Kosten belastet werden.

Staubemissionen sind durch den Einsatz geeigneter Einrichtungen wie z. B. Kehrmaschine, regelmäßige Reinigung der öffentlichen Zufahrtstraße durch den AN oder Reifenwaschanlage, Staubsauganlagen, Nassschneideeinrichtungen, Bewässerung der Baustelle, etc. zu vermeiden.

12 Baulärm

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass erhebliche Belästigungen durch Baulärm vermieden werden. Die für die Baustelle geltenden, tageszeitabhängigen Immissionsrichtwerte dürfen nicht überschritten werden. Falls erforderlich sind Lärmschutzmaßnahmen zu treffen.

Die zur Verwendung kommenden Maschinen haben der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes Immissionsschutzgesetzes (32. BImSchV) zu entsprechen.

Die Vorgaben und das Baulärmgutachten aus dem Genehmigungsbescheid – insbesondere die hier vorgegebenen Arbeitszeiten – sind zu beachten.

Des Weiteren gelten für die Baustelle und sämtliche Arbeiten des Auftragnehmers die TA Lärm in der derzeit gültigen Fassung sowie die allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm.

13 Alkohol- und Drogenverbot

Der Auftragnehmer hat Personen, bei denen der Verdacht besteht, dass durch Alkohol- oder Drogeneinfluss eine Gefährdung für Anlagen und/oder Personen gegeben ist, unverzüglich von der Baustelle zu entfernen. Der Genuss von Alkohol (einschließlich alkoholfreiem Bier) und Drogen während der Arbeit auf der Baustelle ist verboten. Die OBL AG behält sich vor, solchen Personen auf Dauer Baustellenverbot zu erteilen.

14 Meldung von Vorkommnissen und Schäden/Haftung

Alle Vorkommnisse oder Schäden zum Nachteil des AG oder der Umwelt sind unverzüglich der OBL AG und dem SiGeKo zu melden.

15 Datenschutz

Der AN ist verpflichtet die im Rahmen der Auftragsabwicklung ihm zugänglich gemachten Daten entsprechend ihrer Schutzwürdigkeit zu behandeln.

Der AN ist zur Wahrung des Datengeheimnisses, insbesondere personenbezogener Daten verpflichtet. Der Zugang zu sensiblen Daten und Informationen ist Unbefugten zu verwehren.

16 Fotografieren, Filmen, Bauschild, Werbung

Das Fotografieren und Filmen auf dem Betriebsgelände, in der Anlage und den Gebäuden ist ohne Erlaubnis der OBL AG nicht gestattet. Die Erlaubnis ist über die OBL AG zu beantragen. Dieser Passus gilt nicht für Behörden in der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Pflichten.

Auskünfte an Presse, Rundfunk und Fernsehen oder die Einladung von Medienvertretern auf die Baustelle erfolgen ausschließlich durch den Bauherrn.

Die Auftragnehmer dürfen auf der Baustelle keine eigenen Bauschilder anbringen. Der Bauherr errichtet ein Bauschild gemäß Landesbauordnung für das Gesamtprojekt, auf der die einzelnen Lieferanten auf eigene Kosten ein standardisiertes Hinweisschild auf ihre Leistungen anbringen können

(Adresse des Herstellers bei OBL AN).

Gewerbliche und politische Werbung auf der Baustelle ist nicht zulässig.

17 Sonstiges

Der Bauherr behält sich vor, die Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung zu ergänzen bzw. zu ändern.

Die vom Auftragnehmer für seine Baustelle geltende Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung orientiert sich an dieser Rahmenbaustellenordnung, kann um eigene Belange erweitert werden, ist mit dem OBL AG abzustimmen und von diesem freizugeben.

Sollte ein Auftragnehmer aus Gründen der Sicherheit Einwände gegen einzelnen Regelungen dieser Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung oder Anweisungen der OBL/IBK des AG haben, so hat der AN die OBL bzw. den IBK des AG unverzüglich schriftlich darüber zu informieren und eine Begründung sowie konstruktiven Verbesserungsvorschlag beizulegen.

Zusätzlich zur Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung wird die OBL AG bei besonderen Anlässen Baustellenmitteilungen herausgeben, die in gleicher Weise wie die Baustellen- und Inbetriebnahme-Ordnung für den Auftragnehmer verbindlich sind.

18 Prozessverantwortung

PROJEKT WÄRMEVERSORGUNG CHEMNITZ WV

19 Anlagen

Anlage 1: Organigramm Baustellenorganisation

Anlage 2: Merkblatt zur Beseitigung von Anlagen gem. Sächsischer Bauordnung

Formular 1: Anmeldung auf der Baustelle

Formular 2: Verpflichtungserklärung

Formular 3: Personalliste

Formular 5: Wochenvorschau

Formular 6: Wochenbericht

Formular 7: Überstunden-, Wochenend-, Feiertagsarbeitsanmeldung

Formular 8: Freigabeschein (Schachtschein) für Erdarbeiten

Formular 9: Bautagebuch Tagesbericht (OBL)

Formular 10: Schadenanzeige

Formular 11: Protokoll Koordinationsgespräch

Formular 12: Erlaubnisschein für Durchstrahlungsprüfung

Formular 13: Erlaubnis für Schweiß- und Feuerarbeiten

Formular 14: Befahrerlaubnis

Formular 15: Arbeitserlaubnis in Schaltanlagen/-räumen

Formular 16: Unfallanzeige

Formular 17: Gerüstkontrolle

Formular 18: Gefahrstoffliste und Nachweis Vermeidbarkeitsprüfung

Formular 19: Sicherheitshinweise - Blatt 1/2

Formular 20: Montageendkontrolle

Formular 21: Vorläufige Betriebsabnahme

Muster: Brandschutzordnung Bau

Muster: Notfallplanung

Muster: Baustelleneinweisung Notfälle

20 Inkraftsetzung

Dieses Dokument tritt am 01.01.2021 in Kraft.